

GASTBEITRAG

Kluge Zukunftsgesetze statt Anti-Politik

CDU/CSU darf es nicht gelingen, im Europaparlament den Klimaschutz aufzuhalten.

Gegen den Widerstand der Konservativen hat die Mehrheit im Europäischen Parlament im Juli eines der wichtigsten Gesetze für den Naturschutz und Biodiversität auf den Weg gebracht: das europäische Renaturierungs-Gesetz. Diese Abstimmung haben wir gewonnen – aber der Angriff auf den Green Deal geht weiter.

Wir Grünen haben mit den konstruktiven Fraktionen der Sozialdemokraten, Linken und Teilen der Liberalen für das Renaturierungs-Gesetz gekämpft. Es ist Grundlage für die Produktion unserer gesunden Lebensmittel auf fruchtbaren Böden, für gesundes Trinkwasser, für den Schutz der Artenvielfalt und unseres Klimas.

Möglich gemacht haben es einige mutige Europaabgeordnete der konservativen Europäischen Volkspartei (EVP), vor allem aus Irland und Tschechien. Trotz massiven Drucks wollten sie den Weg ihres Fraktionsvorsitzenden Manfred Weber (CSU) in die Allianz mit den Rechten und Rechtsextrimen im EU-Parlament nicht mitgehen, die Desinformationskampagne und Blockadehaltung ihrer Fraktion nicht mittragen. Die hatte zuletzt gar nicht mehr an dem Gesetz mitverhandelt, stattdessen gezielt Ängste – vor allem in der Landwirtschaft – geschürt.

Aber die Koalition der Verantwortungsbewussten war stärker. Und die massive Unterstützung für das Gesetz aus der Wirtschaft durch Unternehmen wie Ikea oder Unilever, aus der Wissenschaft, aus der Zivilgesellschaft durch viele NGO, die Fridays for Future-Bewegung mit Greta Thunberg und auch von einigen Landwirtinnen und Landwirten zeigen: Wenn wir an einem Strang ziehen, schaffen wir es.

Darum muss es auch in den kommenden Monaten gehen. Das Ringen um das Renaturierungs-Gesetz war nur der Anfang. In einem Jahr sind Europawahlen, und die CDU/CSU-Abgeordneten in der EVP haben die Klima- und Naturschutzgesetzgebung ihrer Kommissionspräsidentin und potentiellen Spitzenkandidatin Ursula von der Leyen zur Zielscheibe ihres Anti-Wahlkampfes gemacht.

Derzeit verhandelt das Parlament über den Kommissionsvorschlag zur Pestizidverordnung. Bis 2030 soll der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln halbiert und der Einsatz besonders umweltschädlicher Pestizide beendet werden. Wieder beschwört die EVP das Gespenst der Versorgungssicherheit herauf, das schon beim Renaturierungs-Gesetz falsch war. Denn ohne gesunde Natur gibt es keine gesunde Landwirtschaft.

Ähnliches gilt für die Reform der Chemikalienrichtlinie. Dabei geht es unter anderem darum, Ewigkeitschemikalien zu beschränken. Sie sind gesundheits- und umweltschädlich und heißen so, weil sie sich nicht selbst abbauen, also „ewig“ in der Natur bleiben. Der Antrag an die EU-Chemikalienagentur – den auch Deutschland unterstützt – gewährt der Industrie Übergangsfristen, um Ersatzstoffe zu finden. Die CDU/CSU tut aber so, als stünde schon morgen ein ersatzloses Verbot dieser Stoffe ins Haus. Das stimmt nicht.

Eine volkswirtschaftliche Betrachtung macht zudem deutlich, dass der Umstieg auf weniger schädliche Stoffe kostengünstiger ist. Die gesundheitlichen Schäden durch Industrieproduktion beziehungsweise durch 17 000 kontaminierte Standorte in Europa werden auf bis 80 Milliarden Euro geschätzt – jährlich. In den USA suchen die Firmen längst nach Alternativen, weil einigen Chemieproduzenten Schadensersatzklagen in Milliardenhöhe ins Haus stehen.

Politik gegen Wirtschaft, Wissenschaft, Klima und Gesundheit – das ist nicht unsere Vision von Europa. Und auch viele in der Union lehnen diese Entwicklung ab. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat den Green Deal zu ihrer Priorität gemacht, nachdem Millionen junger Menschen für eine lebenswerte Zukunft demonstrierten. Wir müssen und wollen ihn zum Erfolg führen. Um unsere Industrie wettbewerbsfähig zu halten, ist es sinnvoll, auf Fortschritt statt auf Rezepte der Vergangenheit zu setzen.

„Konservativ“ kommt von konservare, lateinisch für „erhalten“. Die Natur und das Klima zu erhalten wäre wohl der selbst erteilte Auftrag einer Partei, die im Namen prominent auf ihre christlichen Werte verweist. Dass es auch einfach ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft ist, brachte Frank Elderson, Vorstandsmitglied der Europäischen Zentralbank, jüngst auf den Punkt: „Es geht beim Green Deal nicht um Hippie-Gedöns oder darum, Bäume zu umarmen, sondern um harte wirtschaftliche Fakten.“ Kurz: Ohne Natur keine Wirtschaft.



Terry Reintke ist Grünen-Europaabgeordnete und Ko-Vorsitzende der Fraktion.



Jutta Paulus ist Grünen-Europaabgeordnete und Mitglied des Ausschusses für Umwelt, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit.

KOLUMNE

Die Welt geht nicht unter

Das ist nicht wirklich tröstlich. Es wird noch schlimmer kommen, wenn der Klimawandel so weiter geht. Wir müssen ihn deshalb aufhalten.

Von Manfred Niekisch

Ach so, dann ist es ja nicht so schlimm. Das war bei manchen die erste Reaktion auf die Schlagzeile zum neuen Vorsitzenden des Weltklimarats (IPCC). Es wurde vermeldet, dass der Brite Jim Skea sein Problem mit den Weltuntergangsszenarien habe, wie sie im Zusammenhang mit dem Klimawandel und seinen Folgen immer wieder auftauchen. Es gebe einen Weltuntergang auch dann nicht, wenn das symbolträchtige 1,5-Ziel verfehlt werde und die Erde sich weiter erwärmt. Alles halb so schlimm? Oh nein!

Man muss schon weiterlesen, was er sagt. Gefährlicher würde sie werden, die Welt, mit sozialen Spannungen und vielen anderen Problemen. Noch gefährlicher? Das muss einem dann doch richtig Sorgen machen.

Aber das ist ja keine neue Erkenntnis. Und sie sind längst Realität geworden, die ausgedehnten Dürren mit ihren verheerenden Folgen für die Landwirtschaft, und mit den Waldbränden, deren Bekämpfung auf Wassermangel trifft. Gleichzeitig bedrohen und vernichten verheerende Überschwemmungen überall auf der Welt das Leben der Bevölkerung und deren Hab und Gut. So können Hunger und Armut bestimmt nicht bekämpft werden.

Die tausenden Flüchtlinge mit ihren abenteuerlichen Überquerungen in Wasserfahrzeugen, die eine solche Bezeichnung kaum verdienen, riskieren sicher nicht ihr Leben, weil sie gehört haben, dass Europa das Paradies sei. Nein, es bleibt ihnen wegen des Mangels an fruchtbaren Böden,

Wasser, biologischen Ressourcen, Arbeit, kaum eine andere Wahl.

Klar, das sind nicht immer nur die Folgen des Klimawandels. Korruption und ungerechte Landverteilung in den Herkunftsländern spielen wichtige Rollen, aber eben auch der Klimawandel.

Dazu kommen all jene Menschen, die vor Kriegen flüchten. Es ist wohl überflüssig auf die sozialen Spannungen hinzuweisen, die das jetzt schon auslöst

innerhalb der Aufnahmeländer und zwischen ihnen. Eine politische Partei in Deutschland, in der Regel mit blauer Farbe assoziiert, heizt die Stimmung zudem gewaltig an. Von wegen Sicherheit und Ordnung, die sie angeblich anstrebt.

Die so ausgelösten Emotionen in der Bevölkerung beschwören noch mehr sozialen Zündstoff, also Gefahr herauf. Hasstiraden, Angriffe auf das Leben der Aufgenommenen sind inzwischen Tagesgeschäft für Polizei und Gerichte.

Mit Fortschreiten des Klimawandels und seiner Folgen, auch für die biologische Vielfalt, werden all diese Probleme und Gefahren zunehmen. Daran besteht kein Zweifel. Nein, die Welt wird davon nicht untergehen. Wohin auch? Sie wird weiter bestehen, aber man mag sich nicht ausmalen, mit was für negativen Konsequenzen für ein angenehmes, zumindest erträgliches Leben.

Dabei ist die gute Nachricht, dass der Klimawandel menschengemacht ist und es deswegen die Menschen auch in der Hand haben, ihn zu bremsen. Es muss nur endlich gemacht werden. Untergangsszenarien sind da lähmend. Das ist die zentrale Botschaft von Jim Skea. Es braucht privates Engagement und eine entschiedene Politik. Beides kann der Weltklimarat auch unter seinem neuen Vorsitzenden nicht durchsetzen. Schade, er kann nur Rat geben.

Manfred Niekisch ist Biologe und ehemaliger Zoodirektor.

**Katholische Kirche muss mehr tun**

Künstler Dennis Josef Meseg prangert mit 333 Puppen in Kindergröße vor dem Kölner Dom den Missbrauch in der katholischen Kirche an. Er dürfte von Papst Franziskus mehr erwartet haben als die Kritik an der Kirche in Portugal. Der Pontifex hat die dortigen Geistlichen dazu aufgefordert, Opfern sexuellen Missbrauchs zuzuhören. Die

portugiesische Kirche hatte darauf beharrt, dass es nur wenige Einzelfälle gebe. Ein Bericht spricht aber von mindestens 4815 Jungen und Mädchen, die seit 1950 von Kirchenvertretern sexuell missbraucht wurden. Aber vielleicht sagt der Papst beim Weltjugendtag der Katholiken in Lissabon noch mehr zu diesem Thema. ARA/BERND LAUTER/AFP